



EUROPÄISCHER KONVENT
DAS SEKRETARIAT

Brüssel, den 16. Juli 2002 (26.07)
(OR. en)

CONV 198/02

WG IV 5

VERMERK

des	Sekretariats
für	die Arbeitsgruppe IV "Einzelstaatliche Parlamente"
<u>Betr.:</u>	<u>Zusammenfassung der Sitzung vom 10. Juli 2002</u>

I. Die Rolle der nationalen Parlamente in der EU

1. Dr. Andreas Maurer (Stiftung Wissenschaft und Politik, Berlin) gab eine Einführung zu seiner Studie (siehe Arbeitsunterlage Nr. 8 vom 9. Juli) und hob dabei u.a. die folgenden Punkte hervor:
 - Defizite der parlamentarischen Kontrolle in der EU könnten außer bei der Frage der Kontrolle der Subsidiarität auch in anderen Bereichen, wie beispielsweise in der Außenpolitik, in den Bereichen Justiz und Inneres, bei der Anwendung der "offenen Koordinierungsmethode" und bei den von der EU zu übernehmenden internationalen Beschlüssen (Basel II, WTO-Vereinbarungen) gesehen werden;
 - ein entscheidender Aspekt der Rolle der nationalen Parlamente (NP) sollte in der Gewährleistung der Nachvollziehbarkeit der EU-Rechtssetzung für die Bürger gesehen werden;
 - zentrale Indikatoren für die Effizienz der NP-Kontrolle des Handelns der Regierungen im Rat sind Umfang, zeitlicher Rahmen und die Abwicklung sowie Wirkung der Kontrolle; dabei trat Dr. Maurer insbesondere für eine rechtzeitige Kontrolle der Subsidiarität ein, die sich auf die Grün- und Weißbücher sowie auf die jährlichen Rechtsetzungsprogramme der Kommission erstrecken sollte;
 - die NP-Kontrolle sollte sich auf das Handeln auf AStV-Ebene und auf Gruppenebene erstrecken.
2. Die Gruppe hatte einen Gedankenaustausch, in dessen Verlauf einige Fragen an Dr. Maurer gerichtet wurden. Diese Diskussion sowie die Antworten von Dr. Maurer betrafen folgende weitere Aspekte:
 - Die wesentliche Funktion der NP, die darin bestehen soll, die Öffentlichkeit für laufende EU-Rechtssetzungsprozesse zu sensibilisieren und für einen entsprechenden Rückhalt in der Bevölkerung zu sorgen und somit ein "Gefühl der Mitverantwortung" zu schaffen;

- die besondere Beachtung, die einer Analyse der Fragen, wie weit bereits bestehende Regelungen in der Praxis tatsächlich angewendet werden und welche Voraussetzungen für eine bessere Kontrolle in der Praxis noch erfüllt werden müssen, zuteil werden sollte;
- das Erfordernis einer sorgfältigen Prüfung der Frage, inwieweit das Ziel einer besseren NP-Kontrolle des Handelns der Regierungen im Rat im Vertrag zum Ausdruck kommen könnte: dabei zeichnete sich die Ausrichtung ab, dass diese Kontrolle zwar weiterhin im Rahmen des einzelstaatlichen Rechts geregelt werden sollte, der Vertrag aber durch Anerkennung einiger allgemeiner Grundsätze die Herausarbeitung von bewährten Verfahren erleichtern könnte;
- das Erfordernis, die Kontrolle nicht auf die Verwaltungsebene, sondern auf die politische Ebene zu konzentrieren, und generell das Anliegen, dass die ex-ante-Kontrolle durch die NP nicht zu einer Lähmung der EU-Rechtssetzung führt sollte; dabei wurde allerdings anerkannt, dass viele wichtige Entscheidungen auf Beamtenebene (insbesondere im AStV) getroffen werden;
- die Bedeutung einer verstärkten NP-Kontrolle in Bezug auf das Handeln des Europäischen Rates, beispielsweise durch Abhaltung von Sitzungen des Ausschusses für europäische Angelegenheiten mit dem betreffenden Staats- oder Regierungschef vor und nach den Tagungen des Europäischen Rates, wie dies von einigen Parlamenten praktiziert wird;
- die große Bedeutung, die einer Öffentlichkeit der Beratungen des Rates im Gesetzgebungsbereich im Interesse einer wirksameren NP-Kontrolle zukommen würde;
- das Erfordernis, diejenigen Bereiche genau abzustecken, die sich einer wirksamen Kontrolle auf Ebene des Europäischen Parlaments oder auf NP-Ebene in der Praxis derzeit entziehen (wie die Gemeinsame Agrarpolitik oder die Haushaltskontrolle einzelner Haushalte wie dem des Europäischen Entwicklungsfonds), und zu prüfen, ob die Kontrollmöglichkeiten der NP ausreichen würden, um diese vorhandenen Defizite auszugleichen, oder ob eine verstärkte parlamentarische Kontrolle durch das EP wirksamer wäre (diesbezüglich wurde auch darauf hingewiesen, dass Reformen der GAP oder der Fischereipolitik zuweilen im Rat blockiert würden, weil die NP den Spielraum der Regierungen im Hinblick auf Kompromisslösungen einschränken);
- die Möglichkeiten für eine raschere Übermittlung von Informationen an die NP, z.B. im Wege einer direkten Übermittlung von Rechtsetzungsvorschlägen durch die Kommission an die NP;
- die Bedeutung, die einer stärkeren Einbeziehung der ständigen (d.h. sektorbezogenen) Parlamentsausschüsse ergänzend zu der vom Ausschuss für europäische Angelegenheiten ausgeübten Kontrolle zukommen würde;
- der wichtige Beitrag, den die NP zu einer besseren Überwachung der Umsetzung der EU-Rechtsvorschriften auf nationaler Ebene leisten könnten.

II. Anwendung des Subsidiaritätsprinzips und Überwachung seiner Einhaltung - Die Rolle der Europäischen Kommission

3. Das Kommissionsmitglied Barnier unterrichtete die Gruppe über die Verfahrensweisen, welche die Kommission bei der Gewährleistung der Einhaltung des Subsidiaritätsprinzips anwendet (die betreffenden Sprechzettel werden in einer gesonderten Arbeitsunterlage verteilt). Er erinnerte daran, dass alle drei EU-Organe gemeinsam für die Einhaltung des Subsidiaritätsprinzips verantwortlich seien und dass sich ein Drittel der Rechtsetzungsvorschläge aus internationalen rechtlichen Verpflichtungen herleite, ein zweites Drittel auf sozialen, wirtschaftlichen oder technischen Entwicklungen basiere und ein weiterer Teil auf Anträge eines EU-Organs oder eines Mitgliedstaats zurückgehe.
4. Das Kommissionsmitglied Barnier berichtete ferner über die Bemühungen der Kommission, das Subsidiaritätsprinzip entsprechend ihrer diesbezüglichen Mitteilung von 1992 systematisch in ihre Arbeitsmethoden einzubeziehen. Die Kommission wende die Bestimmungen über Begründung und Anhörung gemäß dem Protokoll zum Amsterdamer Vertrag an und unterbreite dem Rat alljährlich einen Bericht u.a. über die Anwendung des Subsidiaritätsprinzips. Außerdem plane die Kommission, bis Ende dieses Jahres eine Folgenabschätzung ihrer politischen und gesetzgeberischen Initiativen durchzuführen, die dazu beitragen solle, das Erfordernis des gemeinschaftlichen Handelns im Einklang mit dem Subsidiaritätsprinzip und dem Grundsatz der Verhältnismäßigkeit besser einschätzen zu können. Er stellte fest, welche wichtige Rolle den NP bei der Kontrolle der Einhaltung des Subsidiaritätsprinzips im Wege der Überwachung des Handelns der nationalen Regierungen auf EU-Ebene zukommt. Die Gruppe betonte, dass bei Entwürfen von Rechtsakten eine klare und detaillierte Begründung notwendig sei, und dass bei der Überwachung der Einhaltung des Subsidiaritätsprinzips das jährliche Rechtsetzungsprogramm der Kommission herangezogen werden könnte.

III. Folgemaßnahmen und Vorbereitung der nächsten Sitzung

5. Der Vorsitz teilte mit, dass am 22. Juli (vormittags) eine gemeinsame Sitzung mit der Arbeitsgruppe "Subsidiarität" stattfinden werde und dass die Sitzung am 18. Juli der Vorbereitung dieser gemeinsamen Sitzung diene. Die Mitglieder wurden ersucht, im Vorfeld dieser Sitzung ihre Standpunkte zur Rolle der NP im Hinblick auf die Überwachung der Einhaltung des Subsidiaritätsprinzips zu unterbreiten.
